

Behörden töteten zu viele Hunde

Das Veterinäramt liess 122 Tiere in Ramiswil euthanasieren. Jetzt räumt die Solothurner Regierung Fehler ein.

Andreas Maurer

Am 6. und 7. November 2025 rückte das Solothurner Veterinäramt mit einem Grossaufgebot zum Bodenhof in Ramiswil aus. Die Solothurner Kantonspolizei und Wildhüter unterstützten das Amt. Die Einsatzkräfte töteten 122 Hunde und beschlagnahmten 43 Pferde sowie 2 Ziegen.

Zuerst legten die Beamten Futter mit Betäubungsmitteln für die Hunde aus. Dann fingen sie die Tiere teilweise mit Schlingen ein und töteten sie mit Giftspritzen.

Ein Augenzeuge berichtet von «cowboyhaften Szenen». Tierärzte hätten einzelne Hunde kreuz und quer über den Hof gejagt. Einige gerieten in Panik, als sie den Tod ihrer Artgenossen miterlebten.

Zwei Hunde entwichen in den Wald. Die Behörden schätzten sie als Gefahr für Menschen und Wild ein. Deshalb erschoss ein Polizist, der auch Jäger ist, die beiden Tiere. Eine Betäubung sei nicht möglich gewesen. Bisher ging die Öffentlichkeit davon aus, alle Tiere seien eingeschläfert worden.

Fotos zeigen gut genährte Hunde

Die Behörden dokumentierten ihren Einsatz mit Fotos – einige liegen dieser Redaktion exklusiv vor. Mehrere Bilder zeigen noch lebende Hunde. Ihr Fell ist weiss, nicht schmutzig oder verfilzt. Die Tiere wirken gut genährt. Auch viele Aufnahmen getöteter Tiere zeigen keine Verwahrlosung. Das Veterinäramt hingegen hatte die Tötungsaktion so begründet: Die Hunde seien verwahrlost und «nicht mehr zu retten» gewesen.

Das Solothurner Veterinäramt liess vier der 122 getöteten Hunde am Institut für Tierpathologie der Universität Bern untersuchen. Das Resultat: «Alle vier Tiere waren gut ge-



Welpen in Ramiswil kurz vor ihrer Tötung.

Bild: zvg/Schweiz heute

Bäuerin fürchtete sich vor Femizid

Der Bodenhof in Ramiswil gehört seit 2024 der ehemaligen Hunde- und Pferdezüchterin Marianne B. Die Solothurner Staatsanwaltschaft führt gegen sie und drei Männer ein Strafverfahren wegen Tierquälerei. In Einvernehmen räumte die 57-Jährige ein, zu viele Tiere gehalten zu haben.

Mehr Verantwortung stritt sie ab. In den drei Wochen vor der Hofräumung sei sie kaum noch auf dem Bodenhof gewesen, gab sie zu Protokoll. In dieser Zeit sei ihr ehemaliger Lebenspartner für den Hof verantwortlich gewesen.

Vor ihm sei sie geflohen – aus Angst vor einem Femizid. Sie hatte ihn früher wegen häuslicher Gewalt angezeigt. Die Staatsanwaltschaft verurteilte ihn 2018 wegen versuchter Nötigung. Danach habe sie gehofft, dass sich die Beziehung wieder normalisiere. (mau)

nährt.» Der Pflegezustand war «mässig». Zwei Tiere hatten Zahnstein, zwei etwas zu lange Krallen.

Die Solothurner Regierungsrätin Sibylle Jeker (SVP) liess das Vorgehen des ihr unterstellten Veterinäramts extern untersuchen – durch die Anwaltskanzlei Kellerhals Carrard.

Jetzt liegt der Bericht vor. Demnach war es richtig, 99 der 122 Hunde einzuschläfern. Diese 99 waren Herdenschutzhunde. Realistische Alternativen hätten gefehlt, die Hunde hätten weder platziert noch als Schutzhunde eingesetzt werden können. In der Schweiz existiere keine Infrastruktur für die Aufnahme so vieler nicht sozialisierter Herdenschutzhunde.

Der Untersuchungsleiter Michael Daphinoff verweist auf die besonderen Eigenschaften der Maremmas: Sie seien keine Familienhunde, sondern Schutzhunde: «Diese können aggressiv sein.» Viele liefen auf dem Bodenhof frei herum.

Damit korrigiert der Untersuchungsbericht die bisherige

Kommunikation der Behörden. Sie töteten die meisten Hunde nicht, weil sie verwahrlost oder ungepflegt waren. Sondern weil sie gefährliche Herdenschutzhunde waren. Deshalb hätten sie nicht einzeln untersucht werden können.

Bei den übrigen 23 Hunden hätten die Behörden hingegen eine Triage vornehmen sollen. Nur zwei hätten wegen ihres Gesundheitszustandes getötet werden müssen. Die anderen hätten zuerst untersucht werden müssen. 21 Hunde starben gemäss dem Untersuchungsbericht also, obwohl dies nicht unbedingt nötig gewesen wäre.

«So etwas darf nie wieder vorkommen»

Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker nimmt im Rathaus Stellung: «So etwas darf nie wieder vorkommen.» Sie kündigt Massnahmen an, um die Abläufe zu verbessern.

Der Bericht benennt drei Ursachen: Der Vollzug blieb zu administrativ, die Risiken wurden unterschätzt und die Behör-

de vertraute der Tierhalterin zu lange. Diese sei manipulativ gewesen und habe den Veterinärdienst immer wieder getäuscht. Jeker sagt: «Die Hinhaltetaktik der Tierhalterin wurde zu spät erkannt.»

Das Veterinäramt kontrollierte gemäss dem Bericht vor allem Datenbankeinträge statt Tiere. Es kündigte einige Kontrollen an, weil sich die Mitarbeiter wegen des gefährlichen Hunderudels nicht allein auf den Hof trauten. Die Tierhalterin war oft nicht vor Ort. Dabei hätten nur unangekündigte Kontrollen ein ehrliches Bild ergeben. Trotzdem warteten die Behörden lange ab. Anzeichen für Missstände beim Tierschutz gab es schon früh.

Die Bilanz lautet: Der Kanton handelte am Schluss zu hart – aber vorher lange zu weich.

Viele Massnahmen des Veterinärdienstes waren gemäss Bericht aber sachgerecht. Beim Grosseinsatz habe er rasch, professionell und «überwiegend verhältnismässig» gehandelt.

Regierungsrätin Jeker verlässt den Saal mit gesenktem Blick. Für Einzelinterviews steht sie nicht zur Verfügung.

Schweizer Tierschutz widerspricht den Behörden

Draussen vor dem Rathaus wartet Marco Mettler, Geschäftsführer des Schweizer Tierschutzes. Er verfolgte die Medienkonferenz auf einer Steintreppe mit dem Laptop auf den Knien. Sein Medienverantwortlicher bat um Zutritt zum Saal. Die Staatskanzlei liess ihn nicht hinein. Mettler widerspricht dem Kern des Berichts: Die Tötung der 99 Hunde sei nicht alternativlos gewesen: «Wir hätten mindestens die Hälfte in unseren Heimen unterbringen können.»

Der Kanton wollte mit dem Bericht Klarheit schaffen. Das ist ihm nicht ganz gelungen. Die Untersuchung kostete fast 200'000 Franken.

Bundesplatz



Laura Bucher. Bild: N. Thalmann

Die St. Galler Regierung geht in die Französisch-Nachhilfe. Auf Initiative von Regierungspräsidentin **Laura Bucher** (SP) absolviert die Exekutive zusammen einen Sprachkurs. Lanciert St. Gallen damit einen neuen Trend? Nachdem der Kanton entschied, das Frühfranzösisch abzuschaffen, setzt man jetzt offensichtlich auf Spätfranzösisch.

Als Bundesrat **Albert Rösti** diese Woche zum Mediengespräch im Verkehrsmuseum ansetzen wollte, entlud sich ein gewaltiges Gewitter. Der Verkehrsminister und die versammelte Medienschar fanden glücklicherweise Verständ in einem Teilstück der Neat. Böse Zungen behaupten: Damit hätte sich der Minitunnel bereits jetzt als nützlicher erwiesen als das Grimselprojekt.

Eine Grenzüberschreitung der besonderen Art leistete sich diese Woche der deutsche Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier**: Er setzte sich aufs Velo und fuhr von Lörrach (D) ins benachbarte Riehen (CH). Mit politischen Äusserungen hielt er sich zurück, er wollte wohl eher einmal einen WM-Achtelfinalisten aus der Nähe erkunden. Ob er auf dem Rückweg in eine verschärfte Grenzkontrolle geriet, ist indes nicht bekannt.

In Bern sorgen sich Linke derweil um die Demokratie. Der Grund: die Hitze. Weil sich der versiegelte Bundesplatz im Hochsommer zur Bratpfanne aufheizt, sei die freie Meinungsäusserung in Gefahr. Die Berner Regierung soll nun Beschattungsmassnahmen prüfen, fordert eine Gruppe Politiker. Kleiner Tipp: Ohne Vermummung demonstriert sich bereits viel angenehmer.

Vegane Ernährung soll in die Verfassung

Am 27. September stimmt die Schweiz über die Ernährungsinitiative ab. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Vorlage.

Lea Hartmann

Allein das Timing zeigt, wer in diesem Rennen die Nase vorn hat: Zwei Wochen nach den Gegnern hat diese Woche auch das Pro-Komitee den Abstimmungskampf um die Ernährungsinitiative eingeläutet. Am 27. September stimmt die Schweiz darüber ab.

Was verlangt die Initiative?

Die Ernährungsinitiative will einen Netto-Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent in die Verfassung schreiben. Das heisst: 70 Prozent der Lebensmittel, die in der Schweiz konsumiert werden, sollen auch hier produziert werden – inklusive Tierfutter. Um das zu erreichen, soll der Bund die pflanzliche Ernäh-

rung fördern und die Landwirtschaft danach ausrichten. Ausserdem schreibt die Initiative fest, dass der Bund für die Sicherung der Trinkwasserressourcen zuständig ist.

Wer steht dahinter?

Lanciert hat die Initiative der Verein «Sauberes Wasser für alle» um die Solothurner Aktivistin Franziska Herren, der bereits die Trinkwasser-Initiative an die Urne gebracht hatte. Diese forderte, dass nur noch jene Bauernbetriebe Direktzahlungen erhalten, die keine Pestizide einsetzen und kein Futtermittel importieren. Die Initiative wurde 2021 deutlich abgelehnt.

Was hätte ein Ja zur Folge?

Heute weist die Schweiz einen Selbstversorgungsgrad von netto 42 Prozent auf. Bis 2050 strebt der Bundesrat eine Erhöhung auf 50 Prozent an. Bei einem Ja hätte der Bund zehn Jahre Zeit, um die geforderten 70 Prozent zu erreichen. Dafür müssten statt Fleisch viel mehr pflanzliche Lebensmittel produziert werden. Primärer Hebel hierfür sind die Direktzahlungen. Heute fließen drei Viertel der Agrarsubventionen in die Produktion von tierischen Lebensmitteln.

Aber auch beim Konsum müsste man ansetzen: Der Bundesrat verweist auf eine Studie, laut welcher der Fleischkonsum um 70 Prozent zurückgehen müsste, um den anvisierten Selbstversorgungsgrad zu errei-

chen. Eine mögliche Lenkungs-massnahme wäre eine Steuer auf tierische Produkte. Die Initiative selbst lässt offen, auf welchem Weg das Ziel erreicht wird.

Wer ist dafür – und wer dagegen?

National- und Ständerat lehnten die Initiative einstimmig ab, auch der Bundesrat ist dagegen. Grüne, SP und GLP hatten sich im Parlament erfolglos für einen abgeschwächten Gegenvorschlag starkgemacht.

Der Bauernverband führt die Nein-Kampagne an, unterstützt unter anderem von Produzentenvereinigungen, dem Gewerbeverband und Gastro-suisse. Auf Seiten der Initianten engagieren sich unter anderem Trinkwasserversorger, die Jun-

gen Grünen sowie Vegi- und Tierschutzorganisationen.

Was sind die Argumente der Befürworter?

Die Initianten warnen, dass die Versorgung der Schweiz im Krisenfall – trotz entsprechendem Verfassungsauftrag – aufgrund des hohen Importanteils nicht gewährleistet ist. Dies liesse sich aus ihrer Sicht ändern, indem auf Flächen, auf denen heute Tierfutter wächst, pflanzliche Lebensmittel für die menschliche Ernährung angebaut würden. Gleichzeitig könnte man damit die Umweltbelastung senken.

Ein weiterer Punkt ist das Trinkwasser. Mit der Initiative würde die rechtliche Grundlage für eine nationale Wasserstrate-

gie geschaffen. Eine solche sei, wie die aktuelle Trockenheit zeige, dringend nötig, sagen die Befürworter.

Was sind die Argumente der Gegner?

Der Bundesrat räumt zwar ein, dass das heutige Ernährungssystem hohe Kosten verursacht – für die Umwelt, aber auch die Gesundheit. Die Initiative würde diese senken. Insgesamt gehen die Forderungen Regierung und Parlament aber zu weit. Die Umsetzungsfrist betrachten die Gegner als unrealistisch kurz. Es bräuhete tiefgreifende staatliche Eingriffe, um den Selbstversorgungsgrad so rasch zu erhöhen. Die Folgen wären höhere Kosten für die Konsumenten und mehr Importe.